

Gewalt gegen Schulpersonal: alarmierendes Bild

GEW-Umfrage offenbart hohe Belastung – Gewerkschaft fordert klare Strukturen und mehr Unterstützung

von Maïke Schwinum NWZ 16.07.26

IM NORDWESTEN. (MAI) Beschimpfungen, Bedrohungen und körperliche Übergriffe: Gewalt gegenüber Beschäftigten an Schulen ist kein Randphänomen mehr. Das belegt eine aktuelle Umfrage des Bezirksverbands Weser-Ems der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Von Nordenham bis Cloppenburg, von Wilhelmshaven bis Emden – mehr als 2.300 Beschäftigte aus der Region haben sich daran beteiligt. Die Umfrage war freiwillig und ist damit nicht repräsentativ. Die Ergebnisse zeichnen aus Sicht der Gewerkschaft dennoch ein alarmierendes Bild: Übergriffe gegen Lehrkräfte, pädagogische Mitarbeitende und weiteres Schulpersonal gehören zum Berufsalltag.

Die GEW-Bezirksvorsitzende Wencke Hlynisdóttir ist als Ansprechpartnerin für Schulen in der hiesigen Region nah dran am schulischen Alltag und an den Problemen der Beschäftigten. Immer häufiger hätten sich Kolleginnen und Kollegen mit belastenden Erlebnissen an die Gewerkschaft gewandt: „Irgendwann kannst du nicht mehr weghören, wenn Kolleginnen und Kollegen angespuckt oder beleidigt werden.“

Vor diesem Hintergrund hat die Gewerkschaft die Umfrage initiiert. Anders als viele bisherige Studien bezog sie dabei nicht nur Lehrkräfte, sondern alle schulischen Beschäftigten ein.

Gewalt ist für viele Alltag

„Die Ergebnisse haben unser Bauchgefühl bestätigt“, sagt Wencke Hlynsdóttir. 82,5 Prozent der Befragten berichten von verbaler Gewalt wie Beleidigungen oder Drohungen. Fast zwei Drittel haben psychische Gewalt erlebt, etwa Einschüchterungen oder Mobbing. Knapp die Hälfte war nach eigenen Angaben bereits von körperlicher Gewalt betroffen.

Besonders überrascht habe sie, dass sich das Problem nicht allein auf Schülerinnen und Schüler beschränke. Zwar gehen laut Umfrage mehr als 90 Prozent der Vorfälle von der Schülerschaft aus. Fast jede zweite befragte Person nennt jedoch auch Eltern oder Erziehungsberechtigte als Verursacher von Gewalt. Die zunehmende Respektlosigkeit sei Ausdruck einer allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung, meint Hlynsdóttir. Die vergangenen Jahre mit Pandemie, Krisen und einer zunehmend polarisierten Debatte hätten das Miteinander an Schulen verändert, so die Gewerkschaftsvorsitzende: „Das, was man sich früher nicht getraut hätte zu sagen, ist mittlerweile sagbar.“

Viele Vorfälle werden nicht gemeldet

Die Gewalt gegen Schulpersonal bleibt nach den Umfrageergebnissen häufig ohne offizielle Folgen. Nur 46 Prozent der Befragten geben an, Vorfälle konsequent zu melden. Ein Drittel meldet sie nur teilweise, jeder Fünfte verzichtet ganz darauf.

Nach Einschätzung von Wencke Hlynsdóttir gibt es dafür unterschiedliche Gründe. Manche Betroffene hielten Vorfälle nicht für schwerwiegend genug, andere wollten Konflikte selbst lösen oder wüssten nicht, an wen sie sich wenden könnten. Dadurch entstehe eine hohe Dunkelziffer. Dabei sind die Folgen für die Betroffenen erheblich: Rund drei Viertel der Befragten berichten von kurzfristigem Stress nach Gewalterfahrungen. Etwa jede fünfte Person leidet unter langfristigen psychischen Belastungen, knapp 21 Prozent haben bereits darüber nachgedacht, die Schule oder sogar den Beruf zu wechseln.

Mehr Klarheit im Ernstfall

Aus GEW-Sicht fehlt es vielerorts an klaren Strukturen für den Umgang mit Gewalt. Zwar müssten Schulen Präventionskonzepte entwickeln, doch

im Ernstfall herrsche häufig Unsicherheit. „Als Lehrkraft muss ich wissen, was ich tun muss und wer zuständig ist“, sagt Hlynisdóttir. Nötig seien deshalb klare Handlungsleitfäden und Meldewege, die allen Beschäftigten bekannt seien. Gleichzeitig müsse ein Präventionskonzept gemeinsam mit Lehrkräften, Eltern sowie Schülerinnen und Schülern entwickelt werden.

Klare Regeln und Konsequenzen stünden dabei nicht im Widerspruch zum pädagogischen Auftrag. „Natürlich haben Schulen einen pädagogischen Auftrag, aber es muss klar sein: Schlagen und beleidigen – das gibt es nicht.“

Die Gewerkschaft fordert unter anderem mehr Schulsozialarbeit, zusätzliche personelle Ressourcen sowie feste Ansprechpersonen für Betroffene. Gewaltprävention und Konfliktlösung müssten zudem stärker in der Ausbildung von Lehrkräften verankert werden.

„Wir wollen mit der Umfrage zunächst Sichtbarkeit schaffen und quantitativ belegen, dass es dieses Problem gibt“, sagt Wencke Hlynisdóttir. Um etwas zu ändern, müsste aber die Politik für mehr Schutz und mehr Klarheit zu sorgen, meint sie.

Wer sich selbst ein Bild machen möchte: Die GEW hat die vollständigen Ergebnisse der Befragung online veröffentlicht .

<https://gewweserems.de/>